

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
Amt III

BERLIN SW 11, DEN 26. JUNI 1941

Prinz-Albrecht-Straße 8
für Rückfragen 12 00 38/244

Geheim!

Persönlich sofort vorlegen!

MELDUNGEN AUS DEM REICH

NR. 197

Vorliegender Bericht ist nur persönlich für den Adressaten bestimmt und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen unüberprüft übersandt wird.

I. Allgemeines

Die inzwischen weiter eingegangenen Meldungen zum Krieg mit Rußland bestätigen einhellig, daß die anfängliche Nervosität und besonders bei Frauen festgestellte Bestürzung nur wenige Stunden angehalten hat und durch die umfassende Aufklärung einer allgemein ruhigen und zuversichtlichen Haltung Platz gemacht hat. Die Stimmung der Bevölkerung hat soweit umgeschlagen, daß heute Rußland als militärischer Gegner fast allgemein sehr gering eingeschätzt wird. In einigen Meldungen wird sogar von einer „offensichtlichen Unterschätzung“ des Gegners gesprochen. Diese Beurteilung der militärischen Kraft Rußlands wurde bestärkt durch die mit größter Spannung gehörten PK-Berichte, ferner damit begründet, daß Rußland durch die deutsche Offensive überrascht worden sei, auch würden die russischen Kampfgebiete geländemäßig keine großen Schwierigkeiten bieten. Rußland habe ferner keine großen Befestigungsanlagen, da bisher nichts drüber berichtet worden sei. Hinzu komme noch die Minderwertigkeit des russischen Soldaten, der bereits im Krieg mit Finnland mit der Pistole im Rücken habe vorwärts getrieben werden müssen. Weit verbreitet sind Meinungen, die von einem bevorstehenden Zerfall der Sowjetunion sprechen; so wird nicht nur der Abfall der baltischen Staaten, sondern auch der Ukraine und Weißrußlands vielfach bereits als eine Selbstverständlichkeit angesehen.

Der militärische Sieg über Rußland ist kurzer Zeit ist bei diesem Krieg so sehr Allgemeingut jedes einzelnen Volksgenossen wie noch bei keinem der bisherigen Feldzüge. Die Zuversichtlichkeit weiterer Volkskreise ist so stark, daß sich die Wetten, die bereits an mehreren Orten abgeschlossen wurden, nicht mit dem Ausgang befassen, sondern nur noch mit den Terminen, dabei ist die zurzeit meist gehörte Frist für die Beendigung des Krieges der Zeitraum von 6 Wochen. Diese Siegeszuversicht war auch der beste Nährboden für die Verbreitung zahlreicher Gerüchte über ein erfolgreiches Vordringen der deutschen Truppen. Bereits am

Dienstag konnte man in öffentlichen Gesprächen hören, daß 1 700 Flugzeuge vernichtet seien, am Mittwoch war diese Zahl bereits auf über 2 000 Flugzeuge angestiegen. Ferner wollten die Gerüchte wissen, daß Brest-Litowski, Lemberg, Libau, Petsamo, Murmansk und Odessa bereits genommen seien. Von anderen wurde von über 100 000 russischen Gefangenen gesprochen und verbreitet, daß der Sender Wilna bereits als PK-Sender sich gemeldet habe. Den Sondermeldungen wird daher mit fieberhafter Spannung entgegengesehen. Alle Meldungen besagen, dass das Schweigen des OKW über das Vordringen der Truppen allgemein verstanden wird und nirgends zu irgendwelchen Zweifeln an einem erfolgreichen Vordringen im Osten Anlass gegeben hat. Alle Bevölkerungsteile haben die Notwendigkeit für dieses Schweigen verstanden und warten mit grosser Disziplin und Zuversicht auf die amtlichen Mitteilungen.

Während in allen Teilen des Reiches militärisch keinerlei Sorgen besprochen werden, tauchen hier und da Befürchtungen in der Bevölkerung auf, dass es ausserordentlich schwer sei, den russischen Raum zu sichern und zu verwalten, wobei immer wieder auf den überall herrschenden Menschenmangel hingewiesen wird. Verhältnismässig selten ist bisher der Hinweis auf das Schicksal Napoleons, der an der Weite des russischen Raumes gescheitert sei.

Die starke Herausstellung einer geheimen Übereinkunft zwischen England und Russland hat in einigen Fällen dazu geführt, dass geäussert wurde, die Engländer hätten also nach wie vor eine ausgezeichnete Aussenpolitik und seien auf diesem Gebiet keineswegs zu unterschätzen.

Dem Kriegseintritt der Slowakei wurde wenig Beachtung entgegengebracht. Die Fähigkeiten des Generals Antonescu als Befehlshaber der deutschen und rumänischen Truppen im rumänischen Bereich werden vielfach von der Bevölkerung angezweifelt. Es besteht vereinzelt die Ansicht, dass der Führer Antonescu Gelegenheit geben wolle, sich zu bewähren, damit er später als Staatsmann um so gefestigter auf seinem Platze stehe. Befremdend wirkt auf viele Volksgenossen die zögernde Haltung Ungarns. Die Ungarn hätten bisher von den deutschen Erfolgen nur Vorteile gehabt, ohne irgendwie eine offensichtliche freundliche Haltung gezeigt zu haben. Die Redewendungen sind teilweise sehr scharf, z.B.: „Zigeuner wollen nicht kämpfen, sondern nur erben und schikanieren“, „Die gehören auch noch liquidiert“, „Das sind schöne Bundesgenossen.“

Mit ausserordentlicher Spannung wird in allen Volkskreisen die Reaktion Japans auf den Russlandkrieg erwartet. Immer wieder tritt die Meinung auf, dass das japanisch-sowjetische Abkommen nicht nur durch die Formulierung des Dreimächtepaktes, sondern auch mit der deutschen Entscheidung und ihrer Begründung hinfällig geworden sei. Die Vorgänge im Osten haben die Gesamteinstellung der Bevölkerung gegenüber England in ein neues Stadium des Hasses und der Erbitterung gesteigert. Mit erneuter Sehnsucht wird der Tag erwartet, an dem es endgültig gegen die Insel geht. Mit Genugtuung wird die Feststellung getroffen, dass die Luftwaffe in ihren Angriffen auf England nicht nachgelassen hat. Besondere Anerkennung finden die laufend durchgegebenen Meldungen über zahlreiche Abschüsse englischer Maschinen. Die von Churchill an Russland versprochene Hilfe wurde allgemein mit Humor aufgenommen. Dazu werde es nun nicht mehr kommen. Es wird in diesem Zusammenhang die Frage gestellt, wie England sich diese Hilfe denke. Englands Ziel, Deutschland einen neuen Gegner gegenüberzustellen, sei zwar erreicht, aber

die Abrechnung mit Russland hätte früher oder später doch kommen müssen. Die stetigen englischen Luftangriffe im Westen des Reiches werden als Auswirkung der amerikanischen Hilfe gewertet, wobei England jetzt Zeit gewinne, seine Basis zu verstärken. Umso schwieriger werde es später sein, England in kürzester Zeit zu vernichten.

Meldungen über Anzeichen einer illegalen Betätigung generischer Kreise seit Beginn des Krieges mit Russland durch Flugschriften, Häuseraufschriften usw. liegen bisher nur aus Wien und Graz vor:

In Graz wurden auf den Strassen aus Zeitungspapier in Form von Hammer und Sichel ausgestanzte Zettel aufgefunden. Einzelne Häuser waren mit dem gleichen Zeichen beschmiert.

In Wien wurden folgende illegale Flugblätter in einigen Bezirken verbreitet:

1. Flugblatt:

„Arbeiter, Angestellte, Bauern, kleine Leute:

Rettet unser gemartertes, geknechtetes Volk vor seinen unfähigen, rohen, geisteskranken Rettern. – Kehrt Eure Wehr gegen die braunfaschistische Plutokratie, Feinde des wahren Sozialismus. Der Krieg ist definitiv verloren und jede Kürzung daher Wohltat an unserer Nation.

Verwandelt imperialistischen Raub- und Zerstörungskrieg in Werte schützender, sozialistischer Revolution.

Die unvergleichliche, frische rote Wehrmacht führt Euch sofort zum Sieg, Freiheit und Frieden. Vervielfältigen und unter Soldaten verbreiten. – Pax! Pax!

2. Flugblatt:

An die Unterdrückten aller Länder:

Der deutsche Faschismus richtet seine Angriffsmaschine gegen Russland, gegen den Hort des Sozialismus. Die rote Armee, die Hoffnung aller Werktätigen der Welt, ist angetreten zum Abwehrkampf, zum Entscheidungskampf, in welchem das Ideal, das Ziel der Arbeiterklasse Verwirklichung finden wird. Genossen, in dieser Stunde, in der das Kampfsignal ertönt, rufen wir Euch zum aktiven Einsatz in diesem Kampf. Die Fronten sind jetzt klar gezogen. Hier Faschismus – dort Sozialismus. Arbeiter, jetzt gibt es keine Rücksicht auf Personen, Stellung oder Familien. Der totale Kampf der Arbeiterklassen ist eingesetzt und dabei muss der Kämpfer der inneren Front das Letzte zum Einsatz bringen, selbst das Leben. Die roten Armeen Russlands sind stark und mächtig: sie werden die schon morsche kapitalistische Gesellschaftsordnung Europas mit gepanzerter Faust zermalmen. Genossen, mit vereinter Kraft müssen wir kämpfen, um den Sieg mit harten und raschen Schlägen zu erzwingen.

Mit fanatischer Entschlossenheit muss jeder seine ganze Kraft, seine Energie dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse widmen. In den Betrieben, in dem öffentlichen

Dienst, im Heer, wo immer Ihr auch steht, Genossen, und welche Stellung Ihr auch innehabt, bei jedem Handgriff, den Ihr tut, muss ein Gedanke Euch beherrschen: Wie schade ich dem Feind, wie untergrabe ich seine Macht?

Kämpfer der inneren Front, Sabotage ist unsere wichtigste Waffe, zerstört die Maschinen in den Fabriken, zerstört die Verkehrswege, Brücken und Telefonleitungen, Ihr erfüllt damit die höchste Pflicht an der Revolution, Genossen, die Stunde der Opfer ist gekommen, aber für uns gibt es nur eins: Kämpfen und Siegen. Es lebe die Weltrevolution! Proletarier, auf zum letzten Gefecht, die Internationale erkämpft des Menschen Recht.“

Bei den Siemens-Werken in Wien wurden Wände zum Teil mit dem kommunistischen Zeichen Sichel und Hammer und dazu „Das wollen wir, Russland ist unser Freund“, beschmiert.

In allen Fällen sind staatspolizeiliche Ermittlungen eingeleitet.

II. Kulturelle Gebiete.

Aufnahme und Auswirkung der allgemeinen Propaganda-, Presse- und Rundfunklenkung in der Zeit vom 24.-26.6.1941.

1.

Die nunmehr aus allen Teilen des Reiches vorliegenden Abschlußberichte über die Aufnahme des Aufrufes des Führers und der Erklärung der Reichsregierung bestätigen – wie bereits in der letzten Folge der „Meldungen aus dem Reich“ mitgeteilt – daß sie bei ihrem ersten Bekanntwerden überall die größte Überraschung teilweise Bedrückung, vereinzelt auch schockartige Wirkungen hervorgerufen haben. Dieser erste Eindruck sie nicht zuletzt durch die gegenteiligen Gerüchte hervorgerufen worden, die in letzter Zeit über das deutsch-russischer Verhältnis kuriert seien. Die dankbar begrüßte Wiederholung sowohl des Aufrufs des Führers als auch die Erklärung der Reichsregierung hätten aber den Volksgenossen eine sorgfältigere und gründlichere Betrachtung der Lage ermöglicht und einer ruhigen Überlegung Raum gegeben (z.B. Kiel, München, Oppeln, Dresden, Nürnberg, Liegnitz, Neustadt, Darmstadt, Potsdam, Dessau, Aachen, Frankfurt/M., Kattowitz, Bremen, Stuttgart, Leipzig, Linz, Braunschweig). Dazu habe auch beigetragen, daß die Zeitungen an vielen Orten Extrablätter und Sonderausgaben herausbrachten, in denen die ausführliche Begründung der erregenden Vorgänge nachgelesen werden konnte (z.B. Hamburg, Liegnitz, Neustadt, Prag, usw.).

Zu der Verlesung der beiden Texte heißt es, daß die überlegende Ruhe, mit der Reichsminister Dr. Goebbels den Aufruf verlesen habe, sich auch den Hörern mitgeteilt habe (z.B. Dresden, Oppeln, Breslau, Frankfurt/O., Neustadt a.d.W., Posen u.a.).

2.

Die Rundfunkempfangsgeräte seien in den weitaus meisten Fällen den ganzen Tag über angestellt geblieben. Nachdem man auf Grund früherer Erfahrungen nicht damit gerechnet habe, in den ersten Tagen der Kampfhandlungen nähere Einzelheiten zu erfahren, sei man umso mehr überrascht und dankbar gewesen, bereits in den Vormittagsstunden des 22. Juni Frontberichte der Propagandakompanien zu hören.

Diese Berichte seien mit größter Begeisterung aufgenommen worden. Sie seien nicht nur dem Inhalt, sondern auch der Form nach gegenüber den in letzter Zeit gebrachten Berichten hervorgetreten, indem sie besonders lebendig und anschaulich gewesen seien und ein eindrucksvolles Bild von den ersten Kampfhandlungen vermittelt hätten. Mit großer Freude ist überall die außerordentliche technische Leistung bewundert worden, die es ermöglicht habe, die Frontberichte bereits wenige Stunde nach Beginn des Kampfes zu übertragen. Es zeige sich, dass die Propagandakompanien genau wie die Truppe „auf Draht“ seien. Die Wirkung der Frontberichte ist nach den übereinstimmenden Äußerungen aus sämtlichen Teilen des Reiches eine ganz außergewöhnliche gewesen. Die anfangs bestehende Bedrücktheit sei durch die ersten Fronberichte schlagartig gewichen. Sie hätten in ganz erheblichem Maße dazu beigetragen, daß die Bevölkerung „ihre Fassung wiedergewonnen“ habe, indem sich „durchweg eine äußerst positive Entwicklung der Kämpfe erkennbar gemacht hätte“. Besonderen Eindruck haben die Berichte vom Übergang über den Bug, vom Abschießen eines russischen Beobachtungsturmes durch die Pak, vom Abschluß russischer Flieger und den Angriffen auf die roten Flugplätze gemacht. Einzelheiten wie die, daß unsere Panzerabwehrgeschosse die russischen Panzer nicht nur einmal, sondern auf beiden Seiten durchschlugen, daß – wie aus dem obenangeführten Fronbericht hervorgeht – z.T. die Bunker nur aus Holz gebaut sind, und dazwischen eingestreute Bemerkungen, daß die Russen „kopflös wie in Spanien herumliefen“ hätten sehr rasch das Gefühl für die deutsche Überlegenheit wieder gestärkt, vereinzelt allerdings auch zu einer beträchtlichen Unterschätzung des Gegners beigetragen. Mehrfach kommt in den Berichten zum Ausdruck, daß die Frontberichte einen ausgezeichneten Ersatz für die noch ausstehenden Meldungen des OKW darstellten. Sie würden in den Einzelheiten nicht, wie es bei den Kampfhandlungen besonders im Westen der Fall gewesen sei, den Wehrmachtsberichten „illustrieren“, sondern diesen gewissermaßen ersetzen (z.B. Breslau, Frankfurt/M., Liegnitz, Darmstadt, Neustadt, Linz, Koblenz, Kiel, Stuttgart, Nürnberg, Prag, Potsdam, Weimar, Oppeln, Bremen, München, Düsseldorf, Dresden, Dessau, Frankfurt/O., Innsbruck, Allenstein, Karlsruhe, Thorn, Bayreuth, Hamburg, Karlsbad). Daß die OKW-Berichte zunächst genauere Angaben nicht enthalten, wird allgemein, nicht zunächst genauere Angaben nicht enthalten, wird allgemein, nicht zuletzt auf Grund der entsprechenden Hinweise des Rundfunks, verstanden. Sehr erfreut waren die Volksgenossen, daß der OKW-Bericht vom 25.6. nicht nur allgemein vom planmäßigen Fortgang der Aktionen sprach, sondern auf errungene große Erfolge hinweisen konnte.

Gelegentlich sei in den Gesprächen der Volksgenossen auf einen gewissen Widerspruch hingewiesen worden, der in der planmäßigen Vorbereitung eines Krieges gegen Deutschland, von der der Führer in seinem Aufruf gesprochen habe, und der restlosen Überraschung liege, von der des öfteren in den PK-Berichten gesprochen worden sei (z.B. Oppeln, Frankfurt/O., Allenstein, Düsseldorf).

3.

Die Einleitung der Proklamation des Führers mit den Präludien von Liszt und der neuen Fanfare sei als sehr wirksam angesehen worden (z.B. Breslau, Darmstadt, Karlsruhe, Stuttgart).

4.

Das unterhaltende Programm des deutschen Rundfunks am 22. Juni sei überall mit Zustimmung aufgenommen worden. Es habe ebenfalls durch seinen normalen Ablauf

und besonders auch durch die übertragenen Sportbericht zu einer Normalisierung der Stimmung beigetragen. Besonders begrüßt worden sei die häufige Sendung alter Kampflieder. Die Verlegung des „Deutschen Volkskonzertes“ auf den Spätnachmittag sei verständnisvoll aufgenommen worden. Man habe sich gefreut, dass es doch noch gekommen sei. Der Ausfall der neuen Sendereihe „Die Front reicht ihrer Heimat jetzt die Hand“ sei kaum beachtet worden (z.B. Dresden, Neustadt a.d.W., Frankfurt/M., Kiel, Breslau, Stuttgart, Koblenz).

5.

Mit gesteigertem Interesse seien auch die politischen und militärischen Standardsendungen des deutschen Rundfunks verfolgt worden. Besonders der Vortrag über den Aufbau des Roten Heeres am Montagabend und die „Bertachtungen zur politischen Lage“ am Sonntagabend seien interessiert verfolgt worden. Zur letzten Sendung heisst es, dass sie diesmal von einem ausgesprochen sympathischen Sprecher vorgetragen worden sei.

6.

Vielfach sei der Ausfall der deutschen Sender einschliesslich des Deutschlandsenders in den Morgenstunden des 23. 6. aufgefallen. Das Ausbleiben einer entsprechenden Mitteilung der Reichssendeleitung hätte sofort zu verschiedenen Gerüchten geführt. So habe man beispielsweise von der Möglichkeit einer Zerstörung der Sender durch Fallschirmtruppen oder von Sabotageakten gesprochen. Das Wiedererscheinen der Sender am Spätvormittag habe allerdings diese Gerüchte sofort wieder verstummen lassen (z.B. Potsdam, Berlin, Weimar, Liegnitz, Dresden, Dessau, Karlsbad).

7.

Bei der Berichterstattung der Presse haben, nach zahlreichen Meldungen, die Stimmung über die Haltung der anderen europäischen Staaten starken Eindruck gemacht. Man habe das Gefühl, dass sich bei der Auseinandersetzung mit der Sowjet-Union ganz Europa hinter den Führer stellt und die europäische Solidarität zur Wirklichkeit wird.

8.

Mit grosser Zustimmung wurde die rasch einsetzende Bildberichterstattung der Presse aufgenommen. Dabei interessierten vor allem die Bilder, auf denen die ersten russischen Gefangenen zu sehen waren.

9.

Sehr gross ist wiederum der Wunsch der Volksgenossen nach Kartenmaterial, da diesmal die Vorstellung von der Struktur und von der Ausdehnung des Kampfraumes sehr gering sei.

Zur Aufnahme der Wochenschauen vom 31.5. – 6.6., vom 7.6. – 13.6. und vom 14.6. – 20.6.41

Nach übereinstimmenden Berichten aus allen Reichsteilen stieg das Interesse der Bevölkerung an den Bildberichten der Wochenschauen im Augenblick des Abschlusses des Kampfes auf Kreta sofort stark an. Die Reichhaltigkeit, Vielfältigkeit und Ausführlichkeit der Wochenschauen der genannten Zeit und ihre sehr positive Auswirkung in der Bevölkerung hätten erneut dargetan, dass die Bildberichte der

Wochenschauen oft überzeugendere und durchschlagendere Mittel der Stimmungslenkung seien als die Berichterstattung durch Presse und Rundfunk. Grösste Bewunderung für das kühne Vorgehen und den mutigen Einsatz der Fallschirmjäger und Luftlandetruppen lösten die Bildstreifen von der Eroberung des Kanals von Korinth (Woche vom 31.5. – 6.6.) und vor allem vom Kampf und Sieg auf Kreta (Woche vom 7.6. – 13.6. und vom 14.6. – 20.6.) aus. Es sei festzustellen gewesen, dass auch bei diesen Berichten vom unmittelbaren Kampfeinsatz, die verschiedentlich geradezu als „sensationell“ bezeichnet und überall sehr lebhaft besprochen worden seien, einzelne Bevölkerungsteile, die am Film nicht Anteil zu nehmen pflegen, ausnahmsweise und nur der Wochenschau wegen Lichtspielhäuser aufgesucht haben. Der Hinweis, dass einer der PK-Filmberichter bei seinem Einsatz gefallen sei, habe Spannung und Anteilnahme ausserordentlich gesteigert. Man habe – wie z.B. aus Frankfurt/Main berichtet wird – in diesem Zusammenhang den Wunsch geäussert, über das Zustandekommen der Wochenschauaufnahmen an der Front und überhaupt der PK-Arbeit einen ausführlichen Filmbericht zu sehen. Von einer sehr guten Aufnahme der Bildstreifen „aus aller Welt“ (Krieg in China, Waldbrand in USA, Ungarisches Gestüt – Woche vom 31.5. – 6-6-) wird u.a. aus Dresden, Frankfurt/Main, Troppau, Münster, Danzig, Darmstadt, Schwerin berichtet. Allerdings habe auch die Äusserung festgestellt werden können, dass zum Verständnis der Bildstreifen vom Kriegsschauplatz in Ostasien nach wie vor strategische Erläuterungen und z.B. auch Kartenskizzen vermisst würden. Verschiedentlich werde gefragt, warum in den gegenwärtigen Kriegswochenschauen von den Vorgängen in USA und Ungarn nur ein Waldbrand und ein Gestüt gezeigt wurden (Weimar, Allenstein, Posen). In Zusammenhang mit den laufend bekanntgegebenen Versenkung feindlichen Schiffsraums sei unvermindert stärkstes Interesse für Bilder von den Operationen der Kriegsmarine, vom Einsatz von U-Booten gegen feindliche Handelsschiffe usw. vorhanden; die teilweise ausführlichen Bildstreifen der genannten Wochenschauen seien daher – wie übereinstimmend aus Linz, Oppeln, Karlsbad, Kiel, Dresden, Bayreuth, Klagenfurt, Koblenz, Bielefeld, München, Reichenberg, Bremen, Kattowitz, Wien, Breslau, Potsdam, Darmstadt, Stettin, Chemnitz, Leipzig, u.a. berichtet wird – ausserordentlich gut und mit Dankbarkeit aufgenommen worden.

Als Höhepunkt der Wochenschauen werden – wie immer wieder bestätigt wird – immer diejenigen Bildstreifen empfunden, die den Führer zeigen, den man „nicht häufig, lange und nahe genug“ sehen könne. In Bezug auf die Führeraufnahme in der Wochenschau vom 31.5. – 6-6- (Ritterkreuzträger beim Führer) und in der Wochenschau vom 14.6. – 20-6- (Führer und Duce am Brenner, Dr. Pawelitsch beim Führer) sei allerdings geäussert worden, dass man bei Bildberichten vom Empfang und von der Verabschiedung von Besuchern beim Führer den Führer selbst meistens nur „viel zu kurz“ zu sehen bekäme, wenn man auch für das „flüchtigste“ Bild vom Führer immer wieder ausserordentlich dankbar sei. Von besonders guter und nachhaltiger Aufnahme wird aus allen Teilen des Reiches hinsichtlich der als ausserordentlich einprägsam und vor allem auch als filmtechnisch besonders gelungen bezeichneten Bildberichte von der Afrika-Front berichtet. Trotzdem sich die jeweiligen Afrika-Berichte sehr ähnlich seien, würden sie doch immer wieder mit Spannung und grossem Interesse auch für Einzelheiten und z.B. auch für die Art der Ausrüstungen und Nachschublenkung unseres Afrika-Korps von der Bevölkerung aufgenommen. Grossen Eindruck habe nach übereinstimmenden der kurze Hinweis darauf hinterlassen, dass der Volkswagen im Afrika-Feldzug verwendet werde und sich bei der Wehrmacht bewähre (Woche vom 14.6. – 20.6.). Alle Bilder, die General

Rommel zeigen, würden seit Beginn de Afrika-Einsatzes mit immer erneuter Sympathie aufgenommen. Der Verleihung eines italienischen Ordens für General Rommel sei wenig Bedeutung beigemessen worden (Frankfurt/Main). Besonders sei in der Bevölkerung beachtet worden, dass der Aufbau der Partei in den zurückgewonnene Gebieten im Westen vorangetrieben werde, wie die Bildbericht von der Aufnahme der Luxemburger Volksjugend in die HJ und von der Vereidigung der SA in Strassburg (Woche vom 14.6. – 20.6.) gezeigt hätten. Man habe de Eindruck gewonnen, dass diese politischen Veranstaltungen bereits jetzt „ganz reichsmässig“ vor sich gegangen seien.

III. Volkstum.

Lage und Stimmung der deutschen Volksgruppe in Rumänien.

Wie von volksdeutscher Seite berichtet wird, erzielte die deutsche Volksgruppenführung in Rumänien in den letzten Monaten beträchtliche Erfolge auf politischen, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet.

1) Auf politischem Gebiet wurden die Formationen der Partei ausgebaut, und zwar:

die Einsatzstaffel (ES),
die Deutsche Mannschaft (DM),
die Frauenschaft und
die Deutsche Jugend (DJ).

Durch die Auflösung der bisherigen regional begrenzten landwirtschaftlichen Vereine in Siebenbürgen bzw. im Banat und durch die Zusammenfassung der Mitglieder dieser Organisationen in der Landesbauernschaft wurde die deutsche Bauernschaft Rumäniens organisatorisch gestärkt. Durch die erfolgte Gründung und den Aufbau der deutschen Arbeiterschaft (DAR) wurde erreicht, daß bisher politisch weniger erfasste und völkisch organisierte deutsche Arbeiter der Industriegebiete und –städte ebenfalls für die deutsche Volksgruppe mobilisiert werden konnten. Dadurch konnte gleichzeitig den letzten marxistischen Beeinflussungsversuchen in verschiedenen Kreisen der deutschen Arbeiterschaft wirksam begegnet werden. Das deutsche Handwerk in Rumänien wurde auf neue, gesündere Grundlagen gestellt und einheitlich zusammengefaßt.

Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens der Organisation der sozialen Fürsorge (NSV und Winterhilfswerk) können ebenfalls Erfolge gebucht werden.

Durch die straffe Organisation der einzelnen Gauleitungen gelang es, die Klar ausgerichtete Linie der Volksgruppenführung auch in den einzelnen Gauen der deutschen Volksgruppe in Rumänien bis in die untersten Einheiten durchzusetzen. Dies gilt trotz des in den letzten Wochen versuchten Putsches einiger Amtswalter der deutschen Volksgruppe in Rumänien gegen den Volksgruppenführer Andreas Schmidt. An dieser Hetze gegen die Volksgruppenführung waren, wie hier bekannt wurde, beteiligt:

der bisherige Gauleiter des Banates, Peter Anton,
der Leiter des Schulamtes, Nikolaus Hans Hockl, und

der Leiter des Amtes Propaganda, Dr. Hans Wendel.

Diese 3 genannten früheren Amtswalter der deutschen Volksgruppe machten sich, wie sich inzwischen herausgestellt hat, die durch die politischen Ereignisse im Südosten, sowie durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Rumänien bedingte gedrückte Stimmung vornehmlich des Banater Deutschtums zunutze und lancierten stimmungsmäßig Gerüchte in die Banater deutsche Bevölkerung, daß das Banat deutscher Reichsgau werden könne, daß diesem Gedanken aber der Volksgruppenführer Andreas Schmidt entgegenstünde. Er tue dies aus kleinlichem Machthunger und verhindere die Eingliederung des Banates in das Reich deshalb, weil er als Siebenbürger-Sachse fürchten müsse, daß die Siebenbürger-Sachsen niemals ans Reich angeschlossen werden könnten, weil sie räumlich zu weit entfernt seien. Aus diesem Grunde habe er (Schmidt) die Schwaben zugunsten der Sachsen verkauft und sei im übrigen verständlicherweise für einen Verbleib des Deutschtums in Rumänien im Bereich des jetzigen rumänischen Staates. Damit im Zusammenhang wurde auch betont, daß im Falle eines Anschlusses des Banats an das Reich der heute rumänische Anteil des Banates mit dem ehemaligen serbischen Teil des Banates vereinigt werden soll. Es ist verständlich, daß dieser Reichsgaugedanke im Banater Deutschtum entsprechend wirken konnte, zumal stimmungsmäßig durch die ewigen Requirierungen und Einberufungen in Rumänien, sowie durch die schwierige wirtschaftliche Lage ohnehin eine gedrückte Stimmung entstanden war. Nach Berichten sei es aber gerade deshalb politisch unverantwortlich gewesen, derartige Gerüchte in die Volksgruppe zu tragen und diese gegen den Volksgruppenführer auszunutzen.

Es sei hier bemerkt, daß die drei Genannten nicht aus der nationalsozialistischen Erneuerungsbewegung kommen, sondern bis in die letzte Zeit eine reaktionär-klerikale Richtung vertreten haben. Aus dieser Haltung heraus war es ihr Bestreben, frühere politische Gegensätze innerhalb der deutschen Volksgruppe und die heute überwundenen regionalen Spannung zwischen Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben erneut wirksam werden zu lassen, um dadurch die Stellung des Volksgruppenführers zu untergraben. In Verfolg dieser Absicht ließen sie sich gegenüber der Volksgruppenführung schwere Disziplinlosigkeiten zuschulden kommen, sodaß sich der Volksgruppenführer gezwungen sah, die drei Genannten abzusetzen und im Banat als Gauleiter den aus der nationalsozialistischen Bewerbung kommenden, bisherigen Bürgermeister von Temeschburg, Dr. Hans Jung, einzusetzen. Diese Vorgänge haben dazu beigetragen, die politischen und weltanschauliche Ausrichtung innerhalb der Volksgruppenführung zu läutern und dadurch noch stärker zu festigen. Die während dieser Ereignisse von den Formationen bewiesenen Disziplin hat gezeigt, daß auch die Volksgruppe heute geschlossen hinter dem Volksgruppenführer steht. Durch die Teilnahme Rumäniens am Kriege Deutschland gegen die Sowjetunion wird die deutsche Volksgruppe nach verschiedenen Berichten noch stärker gefestigt werden.

2) Auf kulturellem Gebiet

wurde das deutsche Schulwesen in Rumänien weit ausgebaut. So konnten beispielsweise in dem neu errichteten Gau Bergland bisher bereits etwa 40 neue Schulen eingerichtet werden. Eine der Hauptaufgaben auf schulischem Gebiet, die von der Volksgruppenführung in Angriff genommen wurden, ist die Erreichung einer finanziellen Besserstellung der deutschen Lehrerschaft. Desgleichen sind bereits

Verbindungen mit dem evangelischen und dem katholischen Bischof aufgenommen worden, um das gesamte Schulwesen dem Schulamt der Volksgruppe zu unterstellen und von der Kirche abzulösen.

Auch auf dem Gebiet des Vereinswesens konnte eine erfreuliche Lösung erreicht werden. Durch Abkommen mit den Bischöfen Staedel und Pacha wurde erreicht, dass die gesamte Jungen- und Frauenarbeit bis auf die kirchliche Betreuung ausschließlich der Volksgruppe überlassen bleibt.

3) Auf wirtschaftlichem Gebiet

wurden wesentliche Fortschritte besonders durch den weiteren Ausbau des deutschen Genossenschaftswesens in Rumänien erzielt. So habe, wie berichtet wird, die Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft im Temeschburg zu ihrer modernen Butterfabrik und ihren sonstigen wichtigen wirtschaftlichen Einrichtungen neuerdings eine Geflügelmastanstalt aufgebaut. Um das Genossenschaftswesen im Bereich der volksdeutschen Wirtschaft Rumäniens endgültig zusammenzufassen und dadurch gewaltig zu stärken, wird, wie berichtet wird, am 29. Juni ds. Js. in Temeschburg der „Landesverband der deutschen Genossenschaft in Rumänien“ gegründet.

Einzelmeldung.

Propaganda der Polen für eine Verbreitung von Geschlechtskrankheiten unter den Deutschen.

In Danzig/Westpreußen wurde nachstehendes in polnischer Sprache abgefaßtes Flugblatt erfaßt, in welchem u.a. die Verbreitung von Geschlechtskrankheiten als die heiligste Pflicht der polnischen Mädchen herausgestellt wird.

„Die heiligsten Pflichten des Polen:

Dem Polen, der Angst hat, heute diese Pflichten zu erfüllen, droht im Freien Polen die Todesstrafe.

Pole, du duldest es, daß man dich aus deinem Hause, aus deiner Wohnung, aus deiner Heimat verdrängt?

Pole, du gestattest, daß man dich in den Konzentrationslagern, in den Gestapo-Kerkern quält?

Pole, du sagst, daß du machtlos bist und von England Hilfe erwartest.

Pole, das ist nicht wahr, du bist stark, du bist mächtig.

Deine Waffe sind die Geschlechtskrankheiten. Polnisches Mädchen, wenn du an Schanker, Syphilis oder Tripper krank bist, ist es deine Pflicht, mit deutschen Soldaten zu verkehren und sie anzustecken. Möge diese übermächtige Waffe ihre Armee dezimieren, diese Waffe ist mächtiger als Flugzeuge, als Kanonen, als Schiffe.

Deine Waffe ist das Messer, wenn in deine Wohnung Gestapoleute eintreten, morde sie auf der Stelle, statt daß du von ihnen in Kerkern gemordet wirst, und du wirst wenigstens ein nationaler Held.

Deine Waffe, Chauffeur, ist die Zerschmetterung der Autos an den Bäumen. Opfere dich, indem du Ingenieure, Direktoren, Chemiker zu Tode bringst und du wirst wenigstens ein nationaler Held.

Deine Waffe, Lokomotivführer, ist die Zerschmetterung des Zuges auf einer Brücke. Indem du dich allein opferst, zerstörst du den Zug, die Brücke, eine Menge Deutscher und du wirst ein Nationalheld.

Deine Waffe, Arbeiter, ist das Verderben jeder von die ausgeführten Arbeit. Sie sollen durch dich keinen Nutzen, sondern riesengroße Verluste haben.

Deine Waffe ist die willige Opferung deines Lebens schon heute, nicht morgen. Ob du ein Jahr früher oder später umkommen wirst, bedeutet für dich nicht, für das Vaterland ist es aber die einzige Rettung. –

Gib dem Vaterland dein Blut und es wird auferstehn!

Es lebe die durchlauchtigste Republik Polen!

O. M. „

IV. Verwaltung und Recht.

Ehemündigkeitserklärung und Volljährigkeitserklärung zum Zwecke der Eheschliessung.

Der Reichsjustizminister hat unter dem 11.10.1940 eine Allgemeinverfügung, betreffend Ehemündigkeitserklärung und Volljährigkeitserklärung zum Zwecke der Eheschliessung erlassen (vgl. „Deutsche Justiz“, 1940 S. 1192). Sie enthält Richtlinien darüber, unter welchen Voraussetzungen die Gerichte Befreiung vom Erfordernis der Vollendung des 21. Lebensjahres bei der Eheschliessung erteilen können und wie die Bestimmungen über die Volljährigkeitserklärung zu handhaben sind.

Insbesondere wird darin ausgeführt, dass es mit dem Gesetz nicht im Einklang stände, wenn die Befreiungsbehörde die Befreiung vom Erfordernis der Ehemündigkeit ohne Rücksicht auf die sonstigen Besonderheiten des Falles einem Mann lediglich deshalb versagen wolle, weil er etwa noch nicht 20 Jahre alt ist. Aus dem gleichen Grunde wäre es mit dem Gesetz unvereinbar, wenn die Ablehnung der Befreiung vor Vollendung des 20. Lebensjahres zu einer nur durch seltene Ausnahme durchbrochenen ständigen Übung der Berufungsbehörde gemacht würde. Vielmehr werde in jedem einzelnen Fall zu prüfen sein, ob nicht die sonstigen Umstände des Falles auch dann für die Erteilung der Befreiung sprächen, wenn der Antragsteller sein 18. Lebensjahr erst seit kurzem vollendet habe.

Sehr bald nach dem Bekanntwerden dieses Erlasses wurden in der Bevölkerung Stimmen laut, die die Befürchtung ausdrückten, dass sich nunmehr die Anträge auf Erteilung der Ehemündigkeitserklärung häufen würden, die jungen Männer dieses Alters aber vielfach noch nicht über die Reife für solche lebensentscheidenden Entschlüsse verfügte, wie sie eine Eheschliessung bedeutet. Aus dieser Annahme wurde die weitere Befürchtung gefolgert, dass manche dieser Ehen nach kurzer Zeit Schiffbruch erleiden müssten und somit das grundsätzliche Ziel des Staates, nur Ehen auf sittlich guter Grundlage zu schaffen, nicht erreicht werden könne.

Die hierzu eingegangenen Meldungen aus dem ganzen Reichsgebiet haben eine allgemeine Bestätigung dieser anfangs gehegten Befürchtungen während der bisherigen Handhabung der vom Reichsjustizminister erteilten Weisungen jedoch nicht ergeben. Zwar lässt sich nach den Meldungen nicht von der Hand weisen, dass gelegentlich durch die meist kriegsbedingte Eheschliessung sehr junger Männer, insbesondere solcher, die zur Wehrmacht einberufen sind und deren Braut ein Kind erwartet, wegen Fehlens der sittlichen Reife oder der wirtschaftlichen Grundlage der Keim zu einer baldigen Wiederauflösung der Ehe gelegt werden kann (so u.a. Bayreuth, Berlin, Düsseldorf, Danzig, Dresden, Schwerin, München). Derartige Fälle halten sich aber nach den bisherigen Meldungen in einem Rahmen, der zahlenmässig nicht so erheblich in Gewicht fällt, dass daraus Besorgnisse für die Zukunft hergeleitet werden könnten. Nach zahlreichen übereinstimmenden Meldungen erforschen die Vormundschaftsgerichte im Zusammenwirken mit den Jugendämtern und andren Stellen der Partei und des Staates die tatsächlichen Grundlagen sehr sorgsam und verhindern schon dadurch, dass törichte und von vornherein verfehlte Ehen geschlossen werden (z.B. Bremen, Innsbruck, Augsburg, Dessau, Graz).

Hinsichtlich der Zunahme der Anträge ergibt sich aus den Meldungen folgendes Bild:

1.

Keine Zunahme der Anträge und überhaupt keine oder bedeutungslose Veränderungen in diesem Tätigkeitsbereich melden: Aachen, Danzig, Neustettin, Augsburg, Litzmannstadt, Bielefeld, Leipzig, Linz, Düsseldorf, Berlin, Oppeln, Bremen, Nürnberg.

2.

Eine geisse durch die Kriegsverhältnisse bedingte Zunahme, die aber nicht besorgniserregend sei, melden: Kattowitz, Innsbruck, Königsberg (in letzter Zeit stärker), Potsdam, Frankfurt/Main, Wien Dessau, Graz, München.

3.

Eine starke Zunahme melden: Dresden, Chemnitz, Kiel, Bayreuth.

Meldungen über Versuche von Juden, ihre Abstammung durch die Behauptung einer ausserehelichen Zeugung zu verschleiern.

Meldungen der letzten Zeit lassen den Schluss zu, dass Juden neuerdings in verstärktem Masse versuchen, ihre jüdische Abstammung durch die Behauptung einer ausserehelichen Zeugung zu verschleiern (z.B. München, Dresden). Entsprechende Beobachtungen meldet auch Prag, das für das Gebiet des Protektorats die allgemeine Feststellung trifft, dass mit Juden verheiratete oder auch

bereits von Juden geschiedene Frauen arischer Abstammung vor Gericht eidesstattliche Erklärungen des Inhaltes abgegeben hätten, die von ihnen geborene Kinder seien nicht von ihrem jüdischen Gatten gezeugt worden, sondern stammten aus einem ausserehelichen Verhältnis mit einem Arier. Ausserdem versuchten mit Juden verheiratete Jüdinnen nachzueisen, dass ihre Kinder nicht von ihrem jüdischen Ehegatten, sondern von irgendeinem heute nicht mehr auffindbaren oder bereits verstorbenen Arien herrührten.

Im Altreich sind bisher insbesondere die nachstehend näher geschilderten Fälle bekanntgeworden, die ausserdem zeigen, dass vereinzelt Justizbehörden die Bestrebungen der Juden anscheinend noch nicht allenthalben durchschaut haben.

So ist es u.a. dem Juden Ernst Israel Weiner gelungen, den Oberstaatsanwalt in Leipzig zur Erhebung einer Anfechtungsklage nach § 1595a BGB mit dem Ziele der Feststellung zu veranlassen, dass er, der Jude Weiner nicht das eheliche Kind des Juden Karl Weiner und seiner Ehefrau Sarah, Adele Weiner sei. Durch Urteil vom 16.1.1941 traf das Landgericht Leipzig tatsächlich auch eine entsprechende Feststellung. Dabei ist bemerkenswert, dass das Urteil sich ausschliesslich auf die Aussage der Sarah W. stütze, da andere Zeugen nicht vorhanden waren.

Die Schwester des Israel Weiner, Margarete Meindl geb. Weiner, hat im Anschluss an dieses Urteil auf gleichem Wege versucht, ihre nichtjüdische Abstammung nachzuweisen. Sie tat das ebenfalls in Leipzig, nachdem ein entsprechender Vorstoss, den sie bei der Staatsanwaltschaft in München unternommen hatte, in klarer Erkenntnis der Hintergründe zurückgewiesen worden war. Der Ausgang dieses Verfahrens ist nicht bekannt.

Schliesslich hat ebenfalls das Landgericht Leipzig auf eine entsprechende Klage des dortigen Oberstaatsanwalts in einem Urteil festgestellt, dass der Jude W. Israel Lehmann kein eheliches Kind des Moses Arno Lehmann sei. Auch dieses Urteil stützt sich ausschliesslich auf die Aussage der Mutter des Walter Israel, Ehefrau des Moses Arno Lehmann, namens Betty Sarah verw. Lehmann geb. Bütow, die zur Zeit ihrer Vernehmung 75 Jahre alt war.

Sie hat im einzelnen ausgesagt: Sie habe am 2.3.1885 eine Frühgeburt gehabt, weil sie kurz zuvor ihren Mann bei einer Untreue mit einer Hausangestellten ertappt habe. Von diesem Tage an habe sie ihrem Mann etwa 4 Jahre lang den Geschlechtsverkehr verweigert. Das Kind könne daher nicht von ihrem Manne stammen, weil die Empfängniszeit vom 29.6. bis 28.10.1886 gelaufen sei. Sie habe in dieser Zeit während des Manövers 1886 gelegentlich eines Festes bei einer Gutsbesitzerfamilie mit einem preussischen Offizier Geschlechtsverkehr gehabt. Den Namen dies Offiziers könne sie aber nicht angeben.

In den Meldungen wird hervorgehoben, dass diese Urteile in der Bevölkerung und in Fachkreisen, soweit sie bekanntgeworden sind, auf völliges Unverständnis gestossen seien. Man verstehe insbesondere nicht, dass sich noch in neuster Zeit Justizbehörden bereitgefunden hätten, die Judenstämmigkeit einzelner Juden unter unglaublichen Voraussetzungen in Frage zu stellen, obwohl bereits viele Jahre seit der Ausschaltung der Juden aus der deutschen Volksgemeinschaft vergangen seien und diese Juden in dieser Zeit nichts unternommen hätten, um ihre jüdische Abstammung zu bestreiten.

Bereits diese Tatsache hätte nach den Meldungen den Justizstellen ein Beweis dafür sein müssen, dass es sich hier lediglich um jüdische Schwindelmanöver zu einem sehr durchsichtigen Zweck handeln könne.

V. Wirtschaft

Meldungen zur unterschiedlichen Heranziehung der Frauen zum Arbeitseinsatz

Nach Berichten aus Kiel, Halle, Salzburg, Düsseldorf, Frankfurt/O., Oppeln, Breslau, Aachen, Frankfurt/M., Reichenberg, Wien, Liegnitz, Bremen, Innsbruck, Augsburg, Koblenz, Nürnberg, Linz, Stuttgart, Darmstadt, Dresden, Neustettin, Leipzig, Köln und Dessau ist nach wie vor eine beträchtliche Missstimmung unter den berufstätigen Frauen darüber festzustellen, dass die bisher nicht berufstätigen und die vor dem Kriege aus ihrer Berufstätigkeit ausgeschiedenen Frauen nur zum geringen Teil für den Arbeitseinsatz erfasst werden. In der Bevölkerung werde – den Berichten zufolge – nicht verstanden, warum man nicht alle Frauen gleichmässig zur Arbeit heranzieht. Wenn tatsächlich schwerwiegende Gründe gegen eine derartige alle Frauen gleichmässig erfassende Regelung sprächen, so müsste es doch möglich sein, die Bevölkerung über die Notwendigkeit, die bestehende Regelung aufrecht zu erhalten, aufzuklären. Die Argumentation, dass ein Zwang auch unter den heutigen Umständen tunlichst vermieden werden solle, weil der Zwang ideenfeindlich sei, würde nicht für stichhaltig gehalten, denn der gegenwärtige Zustand sei ohnehin nicht mehr auf dem Prinzip der Freiwilligkeit aufgebaut. Auf der einen Seite wären die bereits berufstätigen völlig dem Arbeitszwang unterworfen und würden für jede kleine Unregelmässigkeit bestraft bzw. Gefahr laufen, bestraft zu werden, während die Nichtberufstätigen auf der anderen Seite hinsichtlich der Übernahme eines Arbeitsplatzes keinen Eingriff in ihre persönliche Freiheit zu befürchten brauchten. Bei den gegenwärtigen Erörterungen würde also die Frage, ob man für oder gegen den Zwang sei, gar keine Rolle spielen, sondern man wäre gegen die ungleichmässige Anwendung dieses Zwanges. Insofern würde auch die geplante Heranziehung der Studentinnen und Schülerinnen der 1. und 3. Klasse zum Arbeitseinsatz in der Bevölkerung ebenso abgelehnt, wie der bereits teilweise erörterte Vorschlag, allen Frauen, die bis zu einem bestimmten Stichtag gearbeitet haben, eine Arbeit zuzuweisen.

Die Mißstimmung über die ungleichmässige Verteilung der Frauenarbeit, die über den Kreis der berufstätigen Frauen wesentlich hinausgeht und weite Kreise der Bevölkerung erfasst hat, würde in zahlreichen Disziplinlosigkeiten und in immer erneuten Versuchen der berufstätigen Frauen, einmal einige Tage dem Arbeitsplatz fernzubleiben und auszuspannen bzw. häusliche Angelegenheiten zu erledigen, ihren Ausdruck finden. Die zuständigen Stellen und die DAF wären nicht in der Lage, diesen arbeitsmüden oder anderweitigen Pflichten nachgehenden Frauen die Unmöglichkeit ihres Verhaltens klar zu machen, da auf jede Vorhaltung sofort auf die überhaupt nicht im Arbeitsprozess stehenden Frauen hingewiesen würde. Unter diesen Umständen sei ein ständig weiteres Absinken der Arbeitsmoral unvermeidlich.

Darüber hinaus entstünden grosse Härtefälle, wenn Frauen, die ihren Arbeitsverpflichtungen nicht voll nachkommen, zur Verantwortung gezogen und mit Gefängnisstrafe belegt würden. So z.B. sei in einem Schnellgerichtsurteil in

Wuppertal die Ehefrau Kurt Apel, eine an sich arbeitswillige Frau, am 9. 4. 41 wegen Arbeitsvertragsbruch zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil sie ihren Arbeitsplatz aus häuslichen Gründen wochenlang vorzeitig verlassen hat. Derartige Urteile empfinde die Bevölkerung als ungewöhnlich hart, wobei immer wieder Vergleiche gezogen und Erörterungen über die unterschiedliche Behandlung der Frauen angestellt würden. Wenn in solchen Fällen nicht grundsätzliche Böswilligkeit oder Arbeitsunwilligkeit nachzuweisen sei, so würde ein derartiges Urteil nur Verständnis finden bei gleichmässiger Heranziehung aller Frauen zum Arbeitseinsatz, sodass nicht der Eindruck entstehen könne, dass ein Teil der Frauen der Zwangsarbeitspflicht unterliege, während ein anderer Teil derartige Verpflichtungen nicht zu übernehmen brauche.

Schwierigkeiten bei der Durchführung von Luftschutzmassnahmen in Krankenanstalten infolge erschwelter Beschaffung von Treibstoff

Von den Krankenanstalten werden in grossem Masse Luftschutzmassnahmen für die Sicherheit ihrer Kranken gefordert. Grundsätzlich sollen bombensicher Luftschutzräume und, wo das nicht möglich ist, geeignete andere Räume im Keller als Behelfsmassnahmen errichtet werden. Der Splitterschutz der Kranken, die nicht transportiert werden könne und daher bei Luftangriffen an Ort und Stelle bleiben müssen, ist durch Errichtung von Mauern usw. zu gewährleisten. Diesen Anordnungen sollen viele Schwierigkeiten entgegenstehen. Für das städt. Krankenhaus in Schwelm beispielsweise habe sich diese Massnahme trotz grösster Bemühungen bisher nicht durchführen lassen. Das Krankenhaus in Schwelm habe in Hagen zwar 100.000 Ziegelsteine für die Luftschutzmassnahmen bereit liegen, doch hätte sich bisher keine Stelle gefunden, die das für den Transport von Hagen nach Schwelm benötigte Gasöl (ca. 2000 kg) zur Verfügung stellen konnte. Die Krankenhausverwaltung sei von einer Stelle an die andere verwiesen worden. Sie durchschritt im Laufe der Zeit folgenden Instanzenweg:

1.
Das Luftgaukommando in Münster, erklärte sich für unzuständig und verwies das Krankenhaus an den Deutschen Gemeindetag in Berlin.
2.
Der Deutsche Gemeindetag erklärte sich für unzuständig u. verwies das Krankenhaus an den Reichsarbeitsminister bzw. das zuständige Arbeitsamt.
3.
Das Arbeitsamt bezeichnete das Wirtschaftsamt des Ennepe-Ruhr-Kreises für zuständig.
4.
Das Wirtschaftsamt des Ennepe-Ruhr-Kreises behauptete, kein Sonderkontingent zur Verfügung stellen zu können u. verweis an das Luftbauamt in Hagen.
5.
Das Luftbauamt in Hagen erklärte das Wirtschaftsamt in Hagen für zuständig.

6.

Das Wirtschaftsamt in Hagen bezeichnete die Fuhrbereitschaft in Hagen als die zuständige Stelle für die erforderliche Sonderzuteilung.

7.

Diese wiederum setzte sich mit dem Fahrtbereitschaftsleiter in Schwelm in Verbindung, der jedoch erklärte, nicht zuständig zu sein und kein Kontingent für solche Fahrten zu haben.

8.

Darauf wandte sich die Krankenhausverwaltung durch das Wirtschaftsamt des Ennepe-Ruhr-Kreises an das Bezirkswirtschaftsamt in Münster mit der Bitte um Bewilligung einer Sonderzuteilung.

9.

Das Bezirkswirtschaftsamt in Münster teile mit, dass der Antrag dem Bevollmächtigten für den Nahverkehr in Düsseldorf zugeleitet worden sei. Dieser hat aber bis heute noch nicht entschieden. Falls auch dieser ablehnend entschieden sollte, lehne das Krankenhaus jede weitere Verantwortung für die Durchführung der Luftschutzmassnahmen ab.

Auch in anderen Krankenhäusern sollen ähnliche Schwierigkeiten entstanden sein. Man hält es in den betroffenen Kreisen für angebracht, bei der Anordnung derartig wichtiger Luftschutzmassnahmen die Zuständigkeit der Instanzen von vornherein eindeutig zu klären, da sonst die Durchführung der Luftschutzanordnungen ernstlich gefährdet werden könnte.

Aufnahme der Punktkontenbelastung durch den Textilwarenhandel

Mit Rundschreiben vom 24.5.41 verfügte die Reichsstelle für Kleidung und verwandte Gebiete eine Abschöpfung der von Textilwarenhandel geführten Punktkonten, und die Bezugsmöglichkeiten des Handels der für den Zivilsektor weiterhin eingeschränkten Erzeugung anzupassen. Demnach ist eine Belastung der Punktkonten des Handels vom je 6 % zum 7. Juni und 5. Juli vorgesehen. Diese Anordnung habe – Meldungen aus München, Leipzig, Darmstadt, Augsburg, Aachen, Dessau, Stettin, Reichenberg, Innsbruck und Bielefeld zufolge in einem nicht geringen Teil der betroffenen Handelskreise eine lebhafte Kritik hervorgerufen. Insbesondere fühlten sich jene Geschäfte benachteiligt, die ein verhältnismässig kleines Lager schnell umzusetzen in der Lage wären. Des weiteren seien jene Unternehmen im Nachteil, die in der der Berechnung zu Grunde liegenden Zeit ihre Waren nicht zurückgehalten hätten und nunmehr einen hohen Punktumsatz aufweisen würden. In vielen Fällen aber würden die Punkte infolge der langen Lieferfristen 6-9, ja sogar bis 12 Monate bei den Fabrikanten festliegen, sodass die derzeitigen Punktkonten derartig niedrig seien, dass sich erhebliche Sollsalden ergeben würden. Diese Sollsalden müssten nun erst durch entsprechende Umsätze abgedeckt werden, ehe der betreffende Betrieb in der Lage sei, an neue Einkäufe zu denken. Es müsste deshalb mit einem weiteren Rückgang des Warensortiments und somit Versorgungsschwierigkeiten gerade in jenen Waren gerechnet werden, deren Beschaffung bisher mit nicht zu übermässig langen Lieferfristen verbunden gewesen sei. Vereinzelt würden auch misstrauische Stimmen laut, wonach die

Punktabschöpfung einer „kalten Stilllegung“ zahlreicher Betriebe gleichkomme, da durch eine teilweise erhebliche Verringerung des Warenbestandes die Rentabilität mancher Geschäfte gefährdet wie. In Fachkreisen werde deshalb – den Meldungen zufolge – die Meinung vertreten, die Abschöpfungsaktion entweder über mehrere Monate, z.B. bis Oktober oder Dezember 1941 auszudehnen, oder durch entsprechende Härteausgleiche den Belangen der einzelnen Unternehmen Rechnung zu tragen.

Unzufriedenheit bei den Gewerbetreibenden in den westdeutschen Grenzbereichen über die unterschiedliche Belastung der deutschen und holländischen Kaufleute und Handwerker

In Westdeutschland betreiben in den Grenzbezirken gegenüber Holland zahlreiche holländische Staatsangehörige selbständige Gewerbe. Den vorliegenden Meldungen zufolge wird in Kreisen der eingerufenen oder dienstverpflichteten selbständiger Handwerker oder Kaufleute in diesen Bereichen Klage darüber geführt, dass diese Holländer trotz des Krieges ihre Geschäfte ungestört weiterbetreiben können und wegen des teilweisen Fortfalls der Konkurrenz gerade jetzt sehr gut verdienen würden. Teilweise wohnten diese holländischen Familien schon Jahrzehnte lang in Deutschland, hätten auch schon im Weltkrieg unter gleichen Umständen sehr gut verdient und seien heute wieder Nutzniesser des Krieges, die an eine Naturalisierung überhaupt nicht dächten, da sie von ihrer holländischen Staatsangehörigkeit immer nur Vorteile gehabt hätten. Dagegen würden die deutschen selbständigen Handwerker und Kaufleute einberufen oder dienstverpflichtet, sodass sie entweder ihre Geschäfte schliessen, oder aber durch die Ehefrauen nur unter grösster Anstrengung aufrechterhalten könnten. Der Umstand, dass die deutschen Handwerker und Geschäftsinhaber entweder selbst zur Wehrmacht einberufen oder dienstverpflichtet seien, oder dass sie wegen der Einberufung ihrer Betriebsangehörigen unter grossen personellen Schwierigkeiten zu leiden hätten, dass ferner eben wegen des Personalmangels oder der Einberufung der Inhaber teilweise eine erheblicher Umsatzrückgang zu verzeichnen sei, würde an sich von diesen Kreisen hingenommen werden. Die offensichtliche Ungerechtigkeit aber, die darin liege, dass die Holländer ungestört ihre Geschäfte fortführen und sogar auf Kosten der Deutschen ausbauen könnten, habe sowohl in der Bevölkerung als auch in den betroffenen gewerblichen Kreisen zu einer erheblichen Missstimmung geführt. Man fordere entweder die Möglichkeit einer Dienstverpflichtung auch für die Holländer oder aber eine entsprechend höhere Besteuerung dieser Gewerbetreibenden, die nach Auffassung der Bevölkerung den reinsten Typ de Kriegsgewinners darstellten.

Einzelmeldung:

Einer Meldung aus Stuttgart zufolge sind im Zuge besonderer Ermittlungen bei einem ungarischen Arbeiter nicht weniger als 5 Kleiderkarten gefunden worden. Diese habe er von anderen ausländischen Arbeitern, die inzwischen wieder in ihre Heimat zurückgekehrt seien, erhalten. Um einen derartigen Mißbrauch künftighin zu begegnen, erscheint es notwendig, dass ausländische Arbeitskräfte vor ihrer Rückkehr in die Heimat durch entsprechende behördliche Massnahmen zur Rückgabe ihrer Kleiderkarten evtl. an ihre ehemaligen Arbeitgeber, veranlasst würden.

Zur Beachtung! Durch ein Versehen wurde in der Seitennummerierung des Berichtes vom 23.6.41 die Seite 19 mit Seite 20 vertauscht.

Anlage.

Meldungen aus den besetzten Gebieten und dem Protektorat Böhmen und Mähren zum Beginn des Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion.

1.) Norwegen.

Der Ausbruch des deutsch-russischen Krieges hat in Norwegen ungeheures Aufsehen erregt und hat zu einer allgemeinen politischen Verwirrung und Ratlosigkeit geführt. Die englandfreundliche Mehrheit des Volks vermag das Bündnis zwischen dem demokratischen England und dem antichristlichen despotischen Russland, dem alten Feinde Skandinaviens, nicht in ihr Weltbild einzuordnen. Das Schicksal Finnland, dessen Freiheitskampf 1939/40 mit stärkster Anteilnahme verfolgt wurde, steht im Vordergrund des politischen Interesses. Von der weiteren Haltung Finnlands – amtliche Kriegserklärung an Russland oder nur Kriegsteilnahme mit Freiwilligen-Verbänden – wird sehr viel für die Stimmungsentwicklung in Norwegen abhängen. Besonders bemerkenswert erscheint der Stimmungsumschwung der konservativen Kreise, die sich durchaus positiv zur deutschen Politik äussern, vor allem das publizistische Sprachrohr „Morgenbladet“ in Oslo. Aus Arbeiterkreisen liegen noch keine Meldungen vor. In den seit langem deutschfreundlichen nationalen Kreisen, die aber der NS fern stehen, wird die Wendung freudig begrüsst. Zahlreiche Männer aus diesem Lager versuche, sich als Freiwillige für die finnisch-russische Front zu melden. Der Reichskommissar beabsichtigt, in Einvernehmen mit Quisling, sie in einem Freiwilligen-Verband zusammenzufassen. – Die Nasjonal Samling setzt sich mit Vorträgen und Presseartikeln ihrer führenden Männer für den Kampf gegen den Bolschewismus ein und macht mit dem Hinweis auf das unnatürliche Bündnis England und der norwegischen Emigranten mit dem roten Russland eine geschickte Propaganda. – In den zahlenmässig immer noch starken, unbelehrbaren Gegnerkreisen erhofft man von dem deutsch-russischen Kriege eine Schwächung Deutschlands und begrüsst Russland als neuen Bundesgenossen.

2.) Dänemark.

Die Auswirkungen des deutsch-russischen Konfliktes waren in Dänemark am 1. Tage ausserordentlich positiv für Deutschland. Es meldeten sich beim deutschen Militärbefehlshaber in Kopenhagen eine grössere Anzahl von dänischen Offizieren und Soldaten, die als Freiwillige in Finnland eingesetzt zu werden wünschten.

Der Führer der dänischen nationalsozialistischen Partei erliess in der Parteizeitung einen Aufruf, in dem alle Dänen, die bereit sind, für die gemeinsame germanisch-europäische Sache zu kämpfen, aufgefordert werden, sich für die SS-Standarte „Nordland“ zu melden. Dieser Aufruf hat zum Erfolg gehabt, dass sich bei der DNSAP bereits 100 Freiwillige in den ersten 2 Tagen für Finnland gemeldet haben, wovon 60 ihre Anmeldung sofort unterschrieben.

Ein Abgeordneter des dänischen Reichstages stellte im Reichstag den Antrag, die Werbung von Freiwilligen für Finnland offiziell zu gestatten.

Weite Kreise der dänischen Studentenschaft nehmen ebenfalls zur Zeit eine positivere Haltung zu Deutschland ein. Die dänische Öffentlichkeit sieht mit grosser Spannung auf die Haltung Schwedens und die Auswirkungen des Beschlusses der schwedischen Regierung und des schwedischen Reichstages.

Der dänische Aussenminister hat im persönlichen Gespräch erklärt, dass seiner Ansicht nach die augenblickliche Situation ausserordentlich geeignet sei, einen erheblichen Stimmungsumschwung in Dänemark zu Gunsten Deutschlands herbeizuführen.

Bereits seit dem 2. Tage macht sich aber in Dänemark eine gewisse Gegenwirkung gegen die positive Haltung des ersten Tages bemerkbar. Die deutschfeindlichen Kreise in Dänemark arbeiten mit dem Argument, dass Deutschland wahrscheinlich das riesige Russland nicht bezwingen könne und selbst wenn ihm dieses militärisch gelingen werde, werde es dadurch so geschwächt, dass es bei der anschliessenden Auseinandersetzung mit England und Amerika unterliegen werde.

Von diesen deutschfeindlichen Kreisen wird stark Stimmung gegen die Beteiligung von Dänen innerhalb der deutschen Wehrmacht, insbesondere aber innerhalb der SS, an dem Kampfe gemacht.

Bemerkenswert ist, dass am Montag den 23.6.1941 in sämtlichen deutschen Arbeitsvermittlungsstellen in Dänemark keinerlei Meldungen von Arbeitern für Deutschland eingegangen sind. Die Tatsache, dass Finnland noch nicht offiziell in den Krieg gegen Russland mit eingetreten ist, wirkt ebenfalls negativ auf die Stimmung der dänischen Bevölkerung, da behauptet wird, dass die Erklärung des Führers über die Teilname der Finnen am Krieg eine Finte gewesen sei, um Finnland gegen seinen eigenen Willen in die Auseinandersetzung miteinzuziehen.

3.) *Niederlande.*

Die in den letzten Wochen in den Niederlanden vorherrschende Ungewissheit über den Fortgang der militärischen Ereignisse und die auffallende Ruhe in politischer Hinsicht wurde durch die Nachricht von der Eröffnung der Kriegshandlungen gegen Sowjet-Russland abgelöst. Während viel von einem bevorstehenden Kriegseintritt Russlands an der Seite der Achsenmächte gesprochen wurde, hofften deutschfeindliche Kreise auf einen offenen Ausbruch des Konflikts. Der Kriegsausbruch wird deshalb von diesen Kreisen mit besonderer Schadenfreude begrüsst, die in der geheimen Hoffnung ihren Ausdruck findet, dass Deutschland an der Weite des russischen Raumes scheitern werde.

In intellektuellen und kirchlichen Kreisen, wie auch aus der mittleren Bevölkerungsschicht ist eine gewisse Zustimmung gegenüber dem Kampf des Nationalsozialismus gegen den Bolschewismus zu erkennen.

In Wirtschaftskreisen wurden in den ersten Tagen alle Hoffnungen auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten gesetzt, mit denen Deutschland in diesem Kampf zu rechnen hätte, was sich besonders in der Festigung der internationalen Werte an der Amsterdamer öffentlichen Börse zeigte. Bereits am 24.VI. trat eine erhebliche Ernüchterung ein, die zu einer wesentlichen positiveren Einstellung der Wirtschaftskreise führte.

In Arbeiterkreisen ist die stimmungsmässige Auswirkung der letzten Ereignisse sehr uneinheitlich. An einen englischen Endsieg glaubt man nach wie vor in weitesten Kreisen Hollands.

4.) *Protectorat Böhmen und Mähren.*

Die Nachricht vom Kriegsausbruch zwischen Deutschland und der Sowjetunion wurde im Protectorat von der tschechischen Bevölkerung zunächst durchweg freudig aufgenommen, da man darin die Erfüllung der Hoffnungen auf eine Niederlage Deutschlands sah. Lebhaft diskutierende Gruppen, unter ihnen vor allem Tschechen, die als russische Legionäre im Weltkrieg gedient hatten, und Juden besprachen die neue Kriegslage und verbreiteten Gerüchte über grosse Anfangserfolge der Roten Armee. Naturgemäss wurden auch panslawistische Stimmen laut, die vor allem darauf hinweisen, dass der grosse slawische Bruder nun endlich aus seiner enttäuschenden Zurückhaltung hervorgetreten sei, alle Slawen befreien und Europa in ihren Sinne neuordnen werde. Verschiedentlich tauchten auch Behauptungen auf, die Tschechen würden nunmehr doch zur deutschen Wehrmacht eingezogen und hätten dann wieder wie im Weltkrieg durch Desertion Gelegenheit, russische Legionäre zu werden. Hierbei kam auch wieder, und zwar unter Hinweis auf die „riesige“ Sowjet-Luft-, Tank- und Fallschirmwaffe und die ungewisse Haltung Japans die Hoffnung auf einen raschen Kriegseintritt der Vereinigten Staaten zum Ausdruck.

Trotzdem erreichte die freudige Stimmung der Tschechen diesmal noch nirgends derartig Höhepunkte, wie es Ende März nach dem Umschwung in Jugoslawien der Fall war. Aus allen Schichten der Bevölkerung mehren sich vielmehr antibolschewistische Stimmen. Vielfach ist Anlaß zu solchen Äußerungen nur die Befürchtung, daß das Gebiet des Protectorats selbst mit zum Kriegsschauplatz werden könnte. Dies gilt vor allem für Arbeiter und Mittelstandskreise. Besonders bemerkenswert ist, daß in diesem Falle erstmalig auch die Ansichten innerhalb der tschechischen Intelligenz stark voneinander abweichen. Bedingungslos für Russland sprechen im wesentlichen nur die besonders panslawistisch oder kommunistische denkenden Kreise und die an ihren Berufsaufsichten zweifelnden Jungakademiker. Dagegen verhalten sich wohlhabende, bäuerliche und katholisch denkende Kreise vorwiegend sehr zurückhaltend gegenüber der Möglichkeit eines bolschewistischen Sieges, sie erklären vielfach, man möge zu den Deutschen stehen wie man wolle, im vorliegenden Falle müsse man sich der antibolschewistischen Front einordnen.

Die Erklärung, die der Staatspräsident Dr. Hacha in seinem wie im Namen der Protectoratserklärung abgab und die sich mit der Feststellung befasst, dass das tschechische Volk dem rassistisch fremden marxistischen Bolschewismus gegenüber immer eine instinktive Abneigung empfand und die im Aufruf an die tschechische Bevölkerung gipfelte, in Ruhe und absoluter Disziplin an der dem Protectorat

anvertrauten Aufgabe, dem Ernährungs- und Rüstbugsplan des Großdeutschen Reiches mit doppelter Kraft zu arbeiten, wurde nur wenig beachtet.

5.) Die Slowakei.

Die Aufnahme der Nachricht von der kriegerischen Auseinandersetzung mit Russland ist, den bisherigen Feststellungen zufolge, in der Slowakei uneinheitlich. Bei den katholischen slowakischen Kreisen findet der Kampf gegen die Sowjets großen Widerhall.

Aus der slowakischen Armee die nunmehr auch gegen Rußland marschiert, werden ebenfalls uneinheitliche Stimmen bekannt. Einige slowakische Soldaten äußerten sie wollten nicht gegen Russland, das slawische Brudervolk, marschieren. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß verschiedene Slowaken aus der Preßburger Umgebung sich weigerten, dem Einrückungsbefehl nachzukommen. Diese Weigerung gehe einmal auf die Notwendigkeit der Hereinbringung der bevorstehenden Ernte, zum anderen auf gewisse panslawistische Gefühle zurück. Verschiedentlich musste die Gendarmerie einschreiten und die Leute mit Gewalt abholen.

In Karlsdorf bei Preßburg wurden die Gehsteige mit folgenden Parolen bemalt: „Slawen der Erde, vereinigt Euch!“ „Es lebe die UdSSR!“ usw. Größere, kommunistische Aktionen wurden bisher jedoch noch nicht bekannt.

Am Morgen des 23.6.41 wurde in Pressburg ein Flugblatt, vermutlich auf Veranlassung der slowakischen Regierung, verteilt, in dem der Krieg der Sowjetunion auch als slowakische Angelegenheit bezeichnet wird.

Das slowakische Pressebüro gab am 22.6.6 allen Schriftleitungen bekannt, daß die Blätter in etwaigen Sonderausgaben keine alarmierenden Überschriften benützen, sondern ihre Berichte über den Kriegsausbruch laut Inhalt der Meldung betiteln sollen. Prinzipiell müsse die „UdSSR“ und nicht „Russland“ geschrieben werden.